schützen möchten." Stefan Greiving betont, dass Klimaschutz ebenso wie Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung nicht getrennt von sozialen Fragen betrachtet werden dürfen. Verkehr, Energie und Konsum aus Klimaschutzgründen einfach zu verteuern, treffe diejenigen Haushalte mit geringen frei verfügbaren Einkommen übermäßig viel härter.

Das Gleiche gelte für den Bereich Klimafolgenanpassung, sagt der Dortmunder Forscher. "Diejenigen, die ohnehin in Quartieren wohnen, die multiplen Umweltbelastungen ausgesetzt sind, sind auch überproportional betroffen von Klimafolgen wie zunehmender Überwärmung. Und sie wohnen häufig in Gebäudebeständen, die nicht gedämmt sind und nicht über Außenbeschattung, Rollläden oder gar Klimatisierung verfügen." Wer arm ist, den trifft auch der Klimawandel härter. Und: Der Klimawandel verstärkt soziale Ungleichheit.

"Die Herausforderung ist das, was man im Englischen als "environmental justice" bezeichnet: Umweltgerechtigkeit", sagt Greiving. "Wir müssen die Perspektive der sozial-ökologischen Gerechtigkeit einnehmen: Kann Klimaanpassung ungewollt bestehende Ungleichheiten verstärken?"

